Drucksache Nr. 124

Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Antrag

der Fraktion der Bayernpartei

betr.: Gleichstellung der Kriegsgeschädigten.

Der Bundestag wolle beschließen:

Um der drohenden Aufsplitterung des Volkes in verschiedenartig bevorrechtigte Klassen und Schichten zu steuern, wird die Bundesregierung ersucht, bei Gesetzentwürfen und Regierungsmaßnahmen betreffend die Fragen der Heimatvertriebenen, der Bombengeschädigten und der Heimkehrer grundsätzlich von der Gleichberechtigung dieser drei Gruppen auszugehen. Darnach sollen also künftig die Bombengeschädigten in der Befriedigung ihrer Ansprüche und in ihren Rechten keinesfalls schlechter als die Heimatvertriebenen gestellt werden; die Heimkehrer sollen darüber hinaus zur Erleichterung ihrer Wiedereingliederung besondere Berücksichtigung finden hinsichtlich der Zuweisung von Wohnraum, der Vermittlung eines Arbeitsplatzes, der Gewährung von Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung und Renten, sowie hinsichtlich der Gewährung von Beihilfen zur Existenzgründung.

Bonn, den 25. Oktober 1949

Dr. Seelos, Dr. Decker, Parzinger und Fraktion